

Norddeutscher Reichstag.

1. Sitzung am 4. März.

Gleich nach dem Schluß der Eröffnungsfeierlichkeit im Weißen Saale des Königl. Schlosses, versammelten sich die Mitglieder des Reichstages in dem für sie hergerichteten Sitzungssaale des Herrenhauses. Um 2¼ Uhr beisteht der Abg. Herzog v. Ujest den Präsidenten und eröffnet, als Vizepräsident des vorigen Reichstages, auf Grund der Bestimmungen der Geschäftsordnung für den Reichstag und da der erste Präsident desselben, Dr. Simson, nicht Mitglied ist, die Sitzung mit der Erklärung, daß der Abg. v. Bennigsen und er die Geschäfte bis zur erfolgten Neuwahl des Präsidiums leiten werden.

Am Tische der Bundes-Kommissionen ist inzwischen der Graf Bismarck und der Präsident Delbrück erschienen. — Die Tribünen haben sich inzwischen gefüllt, ebenso die Tribune des Abgeordnetenhauses.

Der Vorsitzende beruft hierauf die vier jüngsten Mitglieder des Hauses zu Schriftführern. Es sind die Abgg. Graf Frankenberg, Stumm, Blum (Sachsen) und Schweizer.

Der Vorsitzende zeigt an, daß acht Präsidialvorlagen eingegangen sind.

Es sind dies: die Postverträge mit Schweden, Italien, den Niederlanden, die Konsular-Konvention mit Italien, der Gesandtschaft wegen Beschlagnahme der Löhne, die Vorlage wegen der Maßregeln gegen die Rinderpest, der Nachtrags-Gesetz zum Budget für das Jahr 1869 und die Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund. — Die Vorlagen werden sofort gedruckt werden.

Nach Verlesung der Mitglieder in die Abtheilungen wird der Namensaufruf, behufs Feststellung der Beschlussfähigkeit des Reichstages vorgenommen. Derselbe ergibt die Anwesenheit von 143 Mitgliedern, während 149 zur Beschlussfähigkeit gehören. Der Reichstag ist somit nicht beschlussfähig.

Der Vorsitzende erklärt, daß er sonach eine Beschlussfassung über die vorzunehmende Präsidentenwahl nicht eintreten lassen könne, und daher vorschläge, die Bestimmung darüber in der nächsten Sitzung vorzunehmen, welche er am Montag 12 Uhr abzuhalten beabsichtigt.

Abg. v. Wedemeyer beantragt morgen eine Sitzung abzuhalten und in derselben die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Vors. Herzog v. Ujest: Der Herr Vorredner scheint nicht zu wissen, daß der Landtag der Monarchie noch nicht geschlossen ist, und daß die beiden Häuser desselben noch morgen und übermorgen Sitzung halten.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich möchte zur Erwägung anheim stellen, ob es nicht möglich ist, morgen oder übermorgen eine kurze Sitzung zur Erledigung der Angelegenheit abzuhalten. Meiner Ueberzeugung nach muß der Sitzung, in welcher die Präsidentenwahl stattfindet, eine von einer beschlussfähigen Anzahl von Mitgliedern besuchte Sitzung vorausgehen, und eine beschlussfähige Anzahl ist vorhanden, da noch viele Mitglieder in der Stadt anwesend ist. Wenn die Lokalfrage ein Hindernis bieten sollte, so läßt sich wohl eine Verständigung mit dem preussischen Herrenhause für die Morgenstunden der nächsten Tage herbeiführen.

Abg. Lasker: Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß das preussische Abgeordnetenhaus für Morgen bereits eine Sitzung anberaumt hat, weil uns mitgeteilt worden ist, daß der Reichstag vor dem nächsten Montag keine Sitzung halten würde. Außerdem sind wir gar nicht in der Lage, da wir nicht beschlussfähig sind, heute einen Beschluss über die nächste Sitzung zu fassen, wir müssen die Bestimmung darüber dem Herrn Präsidenten überlassen.

Vorsitzender Herzog v. Ujest: Ich will nur darauf hinweisen, daß uns die Zeit so außerordentlich nicht drängt, da, wenn auch schon am Montag die Präsidentenwahl stattfinden sollte, doch vor Mittwoch oder Donnerstag kein Material zu einer Tagesordnung vorliegt.

Abg. v. Frankenberg-Ludwigsdorf: Es müßte auch erst mit dem Herren- und dem Abgeordnetenhaus ein Uebereinkommen wegen der Sitzung getroffen werden.

Vorsitzender Herzog v. Ujest: Einen Beschluss kann eine beschlussfähige Versammlung nicht fassen. Ich werde also bei meinem Vorschlage, die nächste Sitzung am Montag abzuhalten, beharren.

Abg. Twesten: Ich möchte den Vorschlag des Herrn Präsidenten unterstützen. Ich kann aber nicht umhin, bei dieser Gelegenheit zu bemerken, daß ich es tief bedauere, daß der Herr Bundeskanzler den Reichstag zusammenberufen hat zu einer Zeit, wo der preussische Landtag noch versammelt ist, und wo dem Reichstage nicht einmal ein Lokal zur Disposition steht. Wir haben in der vorigen Session des Reichstages einen Antrag angenommen, und der Herr Bundeskanzler hat ihn selbst zugelassen, wonach das Zusammentreffen der Territorial-Landtage mit dem Reichstage in Wegfall kom-

men sollte und gerade jetzt ist der Reichstag zusammenberufen worden, zu einer Zeit, wo derjenige Landtag noch tagt, dessen Sitzungen sich am allerwenigsten mit den Sitzungen des Reichstages vertragen, weil eine große Anzahl von Mitgliedern des Reichstages auch dem preussischen Landtage angehören. Dies tritt um so greller hervor, da wir nicht einmal in der Lage sind, hier über die nächste Sitzung bestimmen zu können. Der Herr Bundeskanzler hat bereits erklärt, daß am Freitag und Sonnabend keine Sitzung stattfinden würde, obwohl über diese Sitzungen nur das Präsidium und der Reichstag zu befinden haben. Wenn aber kein Lokal vorhanden ist, so sind wir allerdings in der Lage, keine Sitzungen halten zu können.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Der Herr Vorredner hat auch diese Gelegenheit zu einem Angriff auf meine Person, meine Stellung und meine Handlungen benutzt, worauf ich in diesem Augenblick nicht gefast war, obgleich ich wusste, daß der Herr Vorredner sich unter den Anwesenden befand. (Große Sensation.) Aber ich will auf die Gründe, welche den Bundeskanzler bestimmt haben, den Reichstag heute einzuberufen, hier nicht eingehen und die Versammlung damit nicht belästigen. Nur die Versicherung kann ich dem Herrn Vorredner geben, daß ich zu meinem gesunden Urtheil das Zutrauen habe, daß er, wenn er Bundeskanzler wäre, ganz eben so gehandelt haben würde, wie ich. Ich will ihm außer Dienst, und wenn wir nicht nöthig haben, 145 Anwesende damit zu belästigen, die Gründe dafür auseinanderzusetzen. Allerdings waren wir nicht darauf gefast, daß das Haus heute nicht beschlussfähig sein würde. Da uns die Zeit bis zum Juni ebenso losbar, wie knapp zugemessen ist, so fürchte ich, daß wir uns noch Vorwürfe zuziehen werden, weil wir die Konkurrenz zwischen Landtag und Reichstag nicht schon früher haben eintreten lassen.

Der Vorsitzende schließt hierauf die Sitzung um 3¼ Uhr, und beräumt die nächste Sitzung auf Montag 12 Uhr an und bittet die Abtheilungen, eine Stunde vorher zu ihrer Konstituierung zusammen zu treten.

Deutschland.

Berlin, 5. März. Se. Majestät der König besuchte am Mittwoch Abends die Oper und darauf bis etwa 1 Uhr die Soirée des Kronprinzen. Gestern Morgens empfing der König zunächst den Besuch des Prinzen Albrecht, ließ sich in dessen Beisein wieder einige neu instrumentirte Märsche vom Musikcorps des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments vorspielen und hatte darauf eine Unterredung mit dem aus Polen hier eingetroffenen kommandirenden General des 5. Armeekorps v. Steinmetz. Die Vorträge fielen aus. Um halb 12 Uhr begab sich der König mit den Prinzen zum Gottesdienst und zur Eröffnung des Reichstages ins Schloß. Nachmittags fand im Königl. Palais Empfang statt und machte dann der König eine Ausfahrt. Abends halb 10 Uhr war im Königl. Palais musikalisch-theatralische Abendunterhaltung, in der die Prinzen und Prinzessinnen, die fürstlichen Personen, die Botschafter nebst Gemahlinnen, mehrere Minister, zusammen etwa 180 Personen, anwesend waren. Nach dem Vortrage des Herrn Niemann und des Violoncellisten Gröbmacher aus Dresden gaben Mitglieder der französischen Gesellschaft eine Vorstellung.

Berlin, 4. März. Heute Mittag hat im Weißen Saale des Königl. Schlosses die feierliche Eröffnung der dritten Reichstags-Session stattgefunden; derselben ging für die evangelischen Mitglieder ein Gottesdienst in der Schloßkapelle, für die katholischen ein Gottesdienst in der St. Hedwigskirche voraus. Gegen 12½ Uhr begannen sich die Mitglieder des Reichstages, der Generalität, der höchsten Staatsbehörden und die sonst zur Feierlichkeit Geladenen im Weißen Saale zu versammeln. Die Zahl der erschienenen Reichstagsmitglieder war eine unverhältnismäßig geringe; von solchen, die nicht zugleich einem der beiden Häuser des Landtages angehören, waren nur sehr Wenige erschienen. Die Linke war gar nicht vertreten; von der national-liberalen Fraktion waren v. Bennigsen, Braun (Wiesbaden), Endemann, v. Hennig, Lasker anwesend; außerdem Windthorst (Meppen) u. s. w. Die Uniform überwiegt wie immer der Civilanzug. Der König durchschritt gegen 12¾ Uhr, begleitet von den Prinzen und dem militärischen Gefolge, von der Kapelle kommend den Saal, nachdem er sich im Eingang desselben von den Damen des Hofes verabschiedet hatte, und verweilte in der rothen Sammelkammer, während die Versammlung sich ordnete. Die Mitglieder des Bundesraths nahmen links vom Thron Aufstellung, an ihrer Spitze der Bundeskanzler Graf Bismarck, dem sich der sächsische Staatsminister Freiherr v. Friesen, der Kriegsminister v. Noon, der Großherzoglich hessische Gesandte Geheim Legationsrath Hofmann, der Präsident des Bundeskanzleramts Delbrück und die übrigen Mitglieder des Bundesraths angeschlossen. Gegen 1 Uhr ging Graf Bismarck dem Könige zu melden, daß die Versammlung zu seinem Empfange bereit sei und unmittelbar nach

seiner Rückkehr mit der Thronrede, trat der König mit den Prinzen und dem Gefolge in den Saal. Während er, die Versammlung grüßend, zum Throne schritt, rief der erste Vizepräsident des Reichstages, Herzog v. Ujest: „Se. Maj. der König, der Schirmherr des norddeutschen Bundes, lebe hoch!“ Die Versammlung stimmte dreimal in dieses Hoch ein. Der König bestieg den Thron, rechts von welchem der Kronprinz auf den Stufen, die Prinzen vor ihren Sesseln Aufstellung nahmen. Der König verneigte sich dreimal gegen die Versammlung, bedeckte das Haupt mit dem Helme und empfing darauf aus den Händen des Grafen Bismarck die im heutigen Morgenblatt vollständig mitgetheilte Thronrede, die er mit lauter und kräftiger Stimme verlas.

Die „Post“ schreibt: Der Kampf Preußens mit den Depositionen dauert länger als der mit den Negierenden; abgesehen davon, daß er widerwärtiger ist, wegen der Natur der Waffen und Kampfesweise, welche man gegnerischer Seite in Anwendung bringt.

Dieselbe feindselige Verbissenheit, welche den König von Hannover, den Kurfürsten von Hessen und den Dr. Sonnemann blind machte gegen die wahre Lage der Dinge, so daß sie trotz der Anerbietungen, trotz der Mahnungen Preußens kaum die Zeit erwarten konnten, sich gegen uns zu erklären; dieselbe Leidenschaftlichkeit hindert sie auch jetzt noch, das Unvermeidliche mit Würde zu ertragen.

Nachdem sie die Triumphe der preussischen Waffen über sich ergehen lassen mußten, unterliegen sie einer noch größeren Selbstdemüthigung, indem sie Preußens Großmuth mißbrauchen; sie erproben an sich selbst die Wirkung der Politik, welche sie an Preußen auszuüben gedachten: — verunglimpfen und dann vernichten — aber in umgekehrter Reihenfolge.

Preußen handelte nach dem Grundsatz, die Beseitigung politischer Nothwendigkeiten den Individuen davon Betroffenen möglichst wenig schmerzhaft zu machen; es hat damit einer Ehrenpflicht genügt und bei Bemessung der Abfindungssumme die ausübendste Großmuth walten lassen. Wenn in irgend einem Falle, so war sicherlich hier die loyalste Politik auch die klügste und wenn Preußen mit seiner Großmuth anscheinend nur den Undank groß gezogen hat, so hatte es wahrlich nicht Ursache, sich deshalb sentimental Anwandlungen zu überlassen; und hatte nur an seine Pflicht zu denken und sich gegen einen feindseligen Mißbrauch seiner Großmuth zu schützen.

Wir dürfen uns daher nicht wundern, daß trotz den an dem früheren König von Hannover und dem ehemaligen Kurfürsten von Hessen gemachten Erfahrungen Preußen keinen Anstand nahm, dieselbe Politik, welche ihm von diesen so übel vergolten worden ist, gegenüber der Stadt Frankfurt zu verfolgen, welcher zu Liebe es zwar nicht die Ereignisse von 1866 umgeschähen und deren Konsequenzen aufheben, wohl aber die mit dem Verlust der Selbstständigkeit verbundene finanzielle Einbuße vergüten kann.

Auffällig und wunderbar war es nur, daß Herr Sonnemann, dessen Agitation Frankfurt die Lage verdankt, in welche es sich gegenwärtig versetzt sieht und in welche es sich so schwer zu finden weiß, trotz der Witzungen, welche die andern Depositionen so eben noch über sich ergehen lassen mußten, der Frankfurter Bürgerschaft dieselbe Politik der Undankbarkeit anrath, welche jene nummehr auch moralisch zu Grunde gerichtet hat; wußte man nicht, wie leicht es ist, sich in die abgeschmackteste Politik zu verirren, wenn man die Verantwortlichkeit dafür, einer, unter der Bezeichnung „Volksversammlung“ zusammentretenden Masse beliebiger Individuen aufhalsen kann.

Der Unterschied besteht zwischen den andern Depositionen und dem Herrn Sonnemann, daß jene sich die Großmuth Preußens gefallen ließen, Herr Sonnemann aber — Nicht verlangt, nicht Großmuth! Der Unterschied gleicht sich freilich in der vorhergesehenen Wirkung aus.

Während die Depositionen von Hannover und Hessen sich die Großmuth Preußens gefallen ließen, weil ihnen dadurch reichere Hülfquellen zur Agitation gegen Preußen eröffnet wurden, begreift Herr Sonnemann sehr wohl, daß sein Einfluß auf die Frankfurter Bürgerschaft in eben dem Maße abnehmen muß, als deren Befriedigung mit den gegenwärtigen Zuständen wächst und er verlangt den Rechtsweg in der sehr nahe liegenden Ueberzeugung, daß auf diesem Wege die Abfindung der Frankfurter Kommune unendlich weit hinter ihren Ansprüchen zurückbleiben würde.

Es fragt sich nun, wie lange die Frankfurter Bürgerschaft geneigt sein wird, sich das freile Spiel mit ihren Interessen gefallen zu lassen und selbst darin eine Rolle zu spielen? Eine Stadt wie Frankfurt, ein Hauptstich der Intelligenz wie des Wohlstandes, sollte es doch wohl ihrer unwürdig finden, den schwäbischen Demokraten, einem Trese und Mayer zu Gefallen, gegen vollendete Thatfachen zu protestiren und eine Bevölkerung, welche sich auf die Schätzung materieller Güter gewiß nicht schlecht versteht, wird wohl in der unausbleiblichen Bür-

digung der Hülfquellen, welche die neuen politischen Verhältnisse der Kommune zuwenden, auch endlich die Kraft finden, sich gegen die Einflüsse zu wappen, die diesem Aufschwung durch Nahrung innerer Zwietracht entgegen zu wirken suchen.

Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Die beiden Häuser des Landtages haben während der letzten Woche in fortgesetzt angestrebter Thätigkeit eine große Anzahl von Vorlagen erledigt. In beiden Häusern ist gleichmäßig das Bestreben zur Geltung gelangt, bei denjenigen Gesetzentwürfen, bei deren Beratung bisher Meinungsverschiedenheiten zwischen den Häusern hervorgetreten waren, über alle diejenigen Punkte, welchen nicht eine erhebliche grundsätzliche Bedeutung beizumessen ist, durch gegenseitige Nachgiebigkeit eine Verständigung zu erzielen, um das Zustandekommen nützlicher Gesetze nicht an untergeordneten Bedenken scheitern zu lassen. Die Regierung hat es für eine ihrer wesentlichsten Aufgaben gehalten, in dieser Richtung auch ihrerseits vermittelnd zwischen den beiden Häusern zu wirken. Diesem allseitigen aufrechten Streben ist es zu danken, daß bis zu dem bevorstehenden Schluß der Session eine sehr erhebliche Zahl von Gesetzen, darunter mehrere von großer Wichtigkeit, zum Abschluß gelangt sein wird. Der Schluß des Landtages wird am nächsten Sonnabend (6.) Nachmittags, vermutlich durch Se. Majestät den König erfolgen.

Köln, 3. März. Der Theaterbrand hat nachträglich noch ein ferneres Opfer gefordert. Ein erkranktes Mädchen in einem der oberhalb des Theaters belegenen Nachbarhäuser, schon erwachsen und eine Stütze der Seinigen, wurde in der ersten Angst, halb beseitigt gestürzt und fand Aufnahme bei einer nahe wohnenden Familie, mußte aber, da sein Zustand sich in Folge des Schreckens plötzlich verschlechterte, nach dem Hospital gebracht werden, wo es am Sonnabend verschied.

Dresden, 2. März. Am 24. v. M. wurde vom Finanzministerium an das Comité der Chemnitz-Aue Fallener Bahn die Verordnung geschickt, worin die unseren Lesern schon bekannten Bedingungen angegeben werden, unter denen die Bahn nach Fallenaubau werden könnte. Das Comité wurde darin zugleich mit aufgefordert, bis zum 15. März v. J. seine Einwilligung zu erwähnten Bedingungen zu erklären und den Besitz der erforderlichen Mittel (20 Prozent der Einzahlung) nachzuweisen, was unseres Wissens mit Leichtigkeit wird geschehen können. Wir wiederholen, daß diese Linie die erste ist, welche die mit der Konzeption zusammenhängenden strategischen Bedenken siegreich überwunden hat, und die Coulang, mit welcher man den damit Beauftragten in Berlin entgegen gekommen ist, wird außerordentlich gerührt.

Dresden, 4. März. Im 8. Wahlkreise des Königreichs Sachsen ist an Stelle des bisherigen Reichstags-Abgeordneten Schred. Advokat Eysoldt (national-liberal) gewählt worden. Im 6. erhielt der Chefredakteur der „Konstitutionellen Zeitung“, Advokat Siegel, 1579, Hofrath Adernann 1644 Stimmen, wegen der Zersplitterung der außerdem noch abgegebenen Stimmen wird hier eine Nachwahl notwendig.

Wien, 4. März. Bei der Reichstags-Ergebnisse am 23. jächsischen Wahlbezirke wurde Zahnauer (national-liberal) zum Reichstags-Abgeordneten gewählt.

Ausland.

Wien, 4. März. Ein Privat-Telegramm der „Presse“ aus Konstantinopel meldet, daß die Differenz zwischen der Pforte und Persien ausgeglichen und daß ein Gesandter des Schah von Persien in außerordentlicher Mission als Unterhändler in Konstantinopel angekündigt ist.

In Prag werden neuerdings Vorbereitungen zu einer großen Hofsfeier getroffen. In das Jahr 1869 fällt nämlich der 500jährige Geburtstag des Magisters Johannes Hus, und da wollen denn seine jugendlichen Verehrer die Gelegenheit benutzen, abermals eine große Wallfahrt nach Constanz in Scene setzen und wenn möglich dort dem Reformator ein Denkmal zu errichten, da die Aufstellung eines solchen hier in Prag nicht gestattet wurde, für diesen Zweck aber bereits nicht unbedeutende Beträge zusammengekommen waren. Ohne Zweifel dürfte die betreffende Feier auch diesmal für Anfang Mai festgesetzt werden.

Paris, 4. März. Der italienische Gesandte, Ritter Nigra, tritt heute oder morgen eine Reise nach Florenz an. Man bringt dieselbe mit seiner Verfassung von dem hiesigen auf den Londoner Gesandtschaftsposten in Verbindung.

Gefesgebender Körper. Beratung der Vorlage betreffend die Stadt Paris. Der erste Artikel der Vorlage wurde genehmigt, nachdem ein Antrag, denselben an die Kommission zurückzuverweisen, mit 187 gegen 69 Stimmen abgelehnt war. — „Eindach“ dementirt die neuerdings wieder auftretenden Gerüchte von einer Erkrankung des Papstes.

London, 4. März. Aus Washington vom

Stettin, den 5 März		
Hamburg	6 Tag.	151¼ G
"	2 Mt.	150¾ B
Amsterdam	8 Tag.	142¼ G
"	2 Mt.	—
London	10 Tag.	6 25⅞ bz
"	3 Mt.	6 23⅞ B
Paris	10 Tg.	—
"	2 Mt.	81¼ B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersburg	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	82¼ G
"	2 Mt.	—
Prouss. Bank	4	Lomb. 5%
Sta.-Anl. 5457	4½	—
"	5	—
St.-Schltsch.	3½	—
P. Präm.-Anl.	3½	—
Pomm.-Pfdbr.	3½	—
"	4	—
" Rentonb.	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
" Prior.	4	—
Starg.-P. E.A.	4½	—
" Prior.	4	—
St. Stadt-O.	4½	92 B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielt.-O.	5	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	—
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	115 B
Pr. Sec.-Assicuranz.	4	100 G
Pomerania	4	120 G
Union	4	110 B
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckerried.	4	—
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	200 G
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	97 B
Germania	—	102 bz
Vulkan	—	150 B
St. Dampfmühle	4	106 B
Pommerensch. Ch. F.	4	—
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	—
Grabow Stadt-Obl.	5	—